

Pressekontakt:

Jascha Engelhardt
Tel.: 06131 / 208 3021
Mobil: 0170 / 324 8445
E-Mail: jascha.engelhardt@fdp.landtag-rlp.de

Die FDP-Fraktion im Internet:

fdp-fraktion-rlp.de
[instagram.com/fdp_fraktion_rlp](https://www.instagram.com/fdp_fraktion_rlp)
[x.com/FDPFraktionRLP](https://www.x.com/FDPFraktionRLP)

Pressemitteilung

Nr. **07/2025** - Mainz, den 19.02.2025

Wolf wird ins Jagdrecht aufgenommen

Marco Weber: Aufnahme kommt noch nicht zu spät, um Schaden abzuwenden

Mainz. Der Wolf wird in das rheinland-pfälzische Jagdrecht aufgenommen. Darauf haben sich die Koalitionsfraktionen mit dem Umweltministerium verständigt. Dazu sagt der jagdpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Marco Weber:

„Der Wolf kommt ins Jagdrecht. Endlich. Der beharrliche Einsatz der FDP-Fraktion zahlt sich nun aus. Lange haben wir für die Aufnahme geworben. Heute können wir sagen: Unsere Argumente haben überzeugt.“

Es hat lange gedauert, aber es ist noch nicht zu spät. Die Zahl der Wolfsrisse in Rheinland-Pfalz steigt. Inzwischen vergeht kaum eine Woche ohne neue Meldungen. Es ist Zeit zu handeln. Der Wolf ist ein gefährliches Raubtier. Niemand darf sich der Illusion hingeben, dass es sich um ein harmloses Kuscheltier handelt. Für mich steht fest: Wenn ein Wolf Nutztiere tötet, muss er geschossen werden. Auch Übergriffe auf Menschen sind bei steigender Population nicht auszuschließen. Es ist notwendig, jetzt die gesetzlichen Grundlagen für einen Abschuss zu schaffen.

Die politischen Hausaufgaben enden aber nicht. Wir verlangen von der EU, dass der Schutzstatus des Wolfs weiter abgesenkt wird. Die Wolfspopulation wächst europaweit rasant. Es ist an der Zeit, die wachsende Zahl und die damit steigende Gefahr unter Kontrolle zu bekommen.

Hier ist vor allem die CDU gefragt, die sich in Rheinland-Pfalz bei diesem Thema kaum noch unter Kontrolle hat. Gordon Schnieder und seine Fraktion können beim wahrscheinlich künftigen Bundeskanzler Merz und ihrer Parteifreundin Ursula von der Leyen ihren Worten nun Taten folgen lassen. Die kommende Bundesregierung fordern wir auf, sich bei der EU für die notwendige Absenkung des Schutzstatus einzusetzen. Die Koalition in Rheinland-Pfalz hat ihre Hausaufgaben erledigt.“